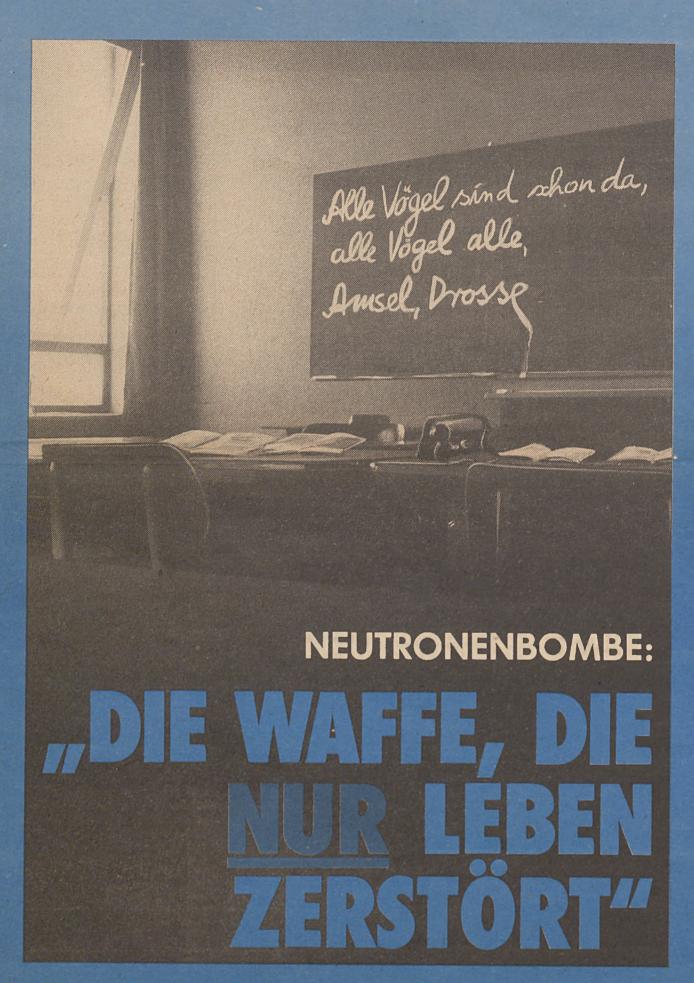
Nein zur Neutronenbombe Beendet das Wettrüsten



20. Mai: Bonn • Essen • München • Münster • Nürnberg Osterholz-Scharmbeck b. Bremen • Wiesbaden

Nein zur Neutronenbombe-Beendet das Westrüsten

Eine neue Massenvernichtungswaffe bedroht uns: Die Neutronenbombe. Sie soll in den USA gebaut und in unserem Land stationiert werden. Sie soll Material schonen, Leben aber durch Todesstrahlen vernichten. Ihr Einsatz würde unabsehbare Mißbildungen bei kommenden Generationen bewirken.

Millionen Menschen protestieren, Politiker und Generäle warnen: Sie ist eine Angriffswaffe für den atomaren Ersteinsatz. Mit ihr soll der Atomkrieg führbar gemacht werden.

Mit der Neutronenbombe wird neues Mißtrauen geschürt, der Entspannung zwischen Ost und West erheblicher Schaden zugefügt und die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gefährdet.

Ein neues Wettrüsten wird unausweichlich.

Die Bundesregierung muß entschieden NEIN sagen zur Neutronenbombe und ihrer Stationierung in unserem Land. An ihr liegt es, einem neuen gefährlichen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Die Öffentlichkeit aller Länder ist aufgerufen, einzutreten

für ein allseitiges Verbot der Neutronenbombe, für das Verbot, neue atomare Waffen zu produzieren, für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen.

Denn: Die Einstellung des Wettrüstens ist dringlichstes Gebot unserer Zeit. Das Wettrüsten schafft keine Sicherheit, sondern bedroht den Weltfrieden und gefährdet Entspannung und Verständigung, es verhindert soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit und Armut. Niemand kann sich auf Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation. Neue Möglichkeiten sind entstanden. Die Gesamteuropäische Konferenz von Helsinki, ihre Folgekonferenz in Belgrad und die Verträge zwischen Ost und West zeigen, daß man sich trotz unterschiedlicher politischer Positionen über wichtige Fragen einigen kann.

- wurde ein Abkommen über die Verhütung eines Atomkrieges und erste Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung getroffen. Sie erklären, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zur friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zueinander geben kann.
- Die überwältigende Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen fordert, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, den Waffenexport zu stoppen und die Herstellung neuer Massenvernichtungswaffen, den militärischen Mißbrauch der Umwelt, alle Atomwaffen-Tests und die chemischen Waffen zu verbieten.

● In Wien verhandeln 19 Staaten aus Ost und West über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa. Es ist vorgeschlagen, daß alle Staaten zunächst für die Dauer der Verhandlungen ihre Rüstungshaushalte nicht erhöhen.

Alle bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß Übereinkommen möglich sind, wenn keine einseitigen Vorleistungen verlangt und die Fragen in den Vordergrund gestellt werden, die im allseitigen Interesse liegen und lösbar sind.

おおようないというない あいままない あいかん はいかい ちょうしゅう

Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet, jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen. Die ungezügelte Fortsetzung des Wettrüstens nutzt allein den Gegnern der Entspannung, sie nutzt allein denen, die am Wettrüsten verdienen, die deshalb Konfrontation nach innen und außen verschärfen, die alte Vorurteile schüren und mit Feindbildern des Kalten Krieges die Aufrüstung rechtfertigen und damit Frieden, Demokratie und Fortschritt aufhalten.

Wir fordern den Stopp des Wettrüstens!

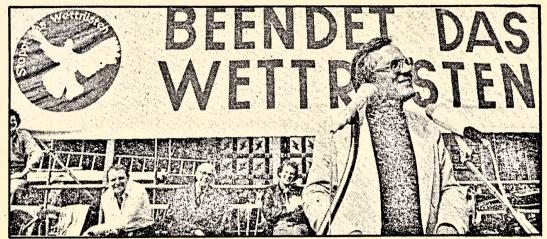
- NEIN zur Neutronenbombe
- Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte
- Einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa
- Die Rüstung entsprechend den UNO-Resolutionen zunächst um 10% zu senken, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.

Bonn:

Treffpunkt: 11.00 Uhr – Hofgarten Kundgebung: 12.30 Uhr – Bottlerplatz

Essen:

Treffpunkt: 12.00 Uhr – GHS Essen Kundgebung: 13.30 Uhr – Wiener Platz



Dieter Hildebrandt: "Bevor man das Wort Abrüstung überhaupt ausgesprochen hat, sieht man sich bereits in die Reihen derer versetzt, die nachts dem Feind die Burgtore öffnen wollen.

Diese ganz bewußt geführten Kampagnen werden von Leuten geführt, die ganz genau wissen, daß unser Engagement für einen Abbau des Wettrüstens nichts mit Ideologien, nichts mit Parteien und schon gleich gar nichts mit Sympathien für irgendeine Art von Kommunismus zu tun hat."

Martha Buschmann: "Die Lieferanten und Befürworter der Neutronenbombe sind nicht wenig darüber erschreckt, daß sich weltweit eine mächtige Bewegung gegen diese neue Massenvernichtungswaffe entwickelt hat. Es paßt nicht in ihr Konzept, daß die Sowjetunion – in konsequenter Verfolgung ihrer initiativreichen Friedenspolitik - den gegenseitigen Verzicht auf die Produktion der Neutronenbombe vorgeschlagen hat. Sie suchen nach neuen "Argumenten", dieses Symbol des Rüstungswahnsinns', wie man die Bombe zu Recht nennt, doch noch in ihr Kriegsarsenal einfügen und damit ein neues Wettrüsten auslösen zu können.

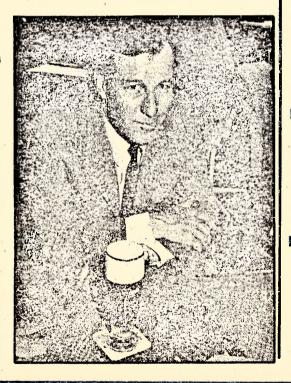
Beiderseitiger Verzicht auf die Neutronenbombe, durch die NATO und die Warschauer-Vertrags-Staaten, ist das Gebot der Stunde." Prof. Dr. Dr. h. c. Karl

Bechert: "Sicher ist, daß mit der Bereitstellung der Neutronen-Bombe ein zweiter großer Rüstungswettlauf beginnt, und daß sie vor allem in Deutschland zur Verfügung sein soll – das geht aus Äußerungen führender amerikanischer Militärs hervor –, und daß sie dann 'bei Bedarf' in Deutschland eingesetzt werden wird."

Prof. Dr. Ernst Bloch †:

"Diese Waffe wird noch dazu 'human' genannt, wobei man gleichzeitig erfährt, daß die davon betroffenen Menschen in Wochen, vielleicht Monaten qualvoll sterben. Hitler hat 6 Millionen Juden umgebracht. Wie viele Menschen wird die Neutronen-Waffe umbringen?"

Hansjörg Felmy: "Ich unterstütze den Aufruf ,Beendet das Wettrüsten' mit meiner Unterschrift, weil ich glaube, daß wir viele Stimmen in der Bundesrepublik brauchen, auch bekannte, die für dieses Ziel eintreten, die damit etwas in Bewegung setzen/und Anstöße geben. Ich bin kein Fachmann, und es ist auch nicht unsere Aufgabe, im einzelnen über Abrüstungsschritte zu befinden. Dies wird Aufgabe der Regierungen sein. Ich glaube aber, daß wir dazu beitragen können und müssen, durch unser Votum, daß die Regierungen solche Schritte unternehmen. Daher finde ich es notwendig, daß wir möglichst viele solcher Zustimmungen bekommen, damit wir Eindruck machen und zeigen, daß sehr sehr viele Menschen in der Bundesrepublik sich für eine solche Aufgabe einsetzen:



Prof. Dr.

Uta Ranke-Heinemann: "Mit dieser Waffe kommen wir unserer Vernichtung ein Stück näher. Sie macht den Krieg für die kranken Gehirne derer attraktiv, die die Tötung von Menschen schon immer faszinierte. Daß eine Waffe, die "nur" Leben vernichtet, als Fortschritt gepriesen wird, daß sie von einem Missionar der Menschenrechte initiiert wird, macht den Zynismus und die Menschenverachtung deutlich, der wir ausgeliefert sind. Wenn wir nichts gegen den zutiefst unchristlichen Rüstungswahnsinn tun, werden wir alle darin umkommen."

Die katholische

The second secon

Bischofskonferenz hat sich der Haltung des niederländischen Rates der Kirchen angeschlossen, der die Neutronenbombe verurteilt hatte. Sie erklärte: "Unser Nein gegen die Neutronenbombe beinhaltet, daß sich die Kirchen mehr als bisher um die Gewissensformung ihrer Mitglieder bemühen müssen."

Egon Bahr: "Im Ernstfall ist nicht der Mann, sondern die Maschine erhaltenswert. Die Neutronen-Bombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens."

Alfred Andersch: "Angesichts dieser Gefahr sind wir alle aufgerufen, uns zu entscheiden: Worauf warten wir noch? Der europäische Volksaufstand für den Frieden hat schon begonnen!"

München:

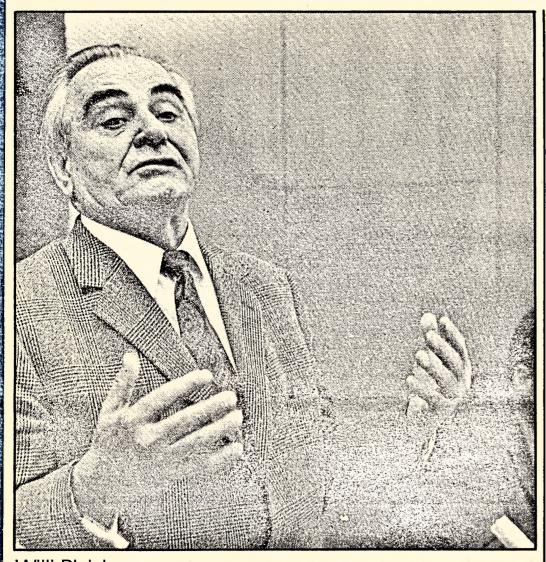
Treffpunkt: 11.00 Uhr Maria-Hilf-Platz Kundgebung: 13.00 Uhr Marienplatz

できたながらないというできないというというできない。 できたながらないできないというできない。

Münster:

Treffpunkt: 14.00 Uhr – Südpark/Josefskirche Kundgebung: 17.00 Uhr – Aasee

Zahlreiche Gewerkschaften en die Neutronenbombe

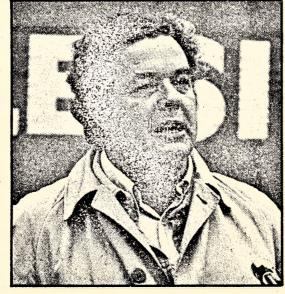


Willi Bleicher

Prof. Dr. Gerhard Kade:

"Die Rüstungsmonopole erwarten sowohl für 1977 als auch für die folgenden Jahre weiter steigende Profitraten. In der 'Wirtschaftswoche', Nr. 11/1977, wird ganz unverhohlen festgestellt: "Für Unternehmen, die sich auf den Handel mit Bonn und dem Militär verstehen, handelt es sich bei Rüstungsaufträgen... um ein recht lukratives Geschäft...'

"So erwartet beispielsweise der Produzent des Kampfpanzers "Leopard", die zur Flick-Gruppe gehörende Kraus-Maffei AG, 1977 mit Hilfe der Rüstungsaufträge eine Umsatzverdoppelung auf über 1 Mrd. DM.



u. a. HBV, Gewerkschaft Holz, DGB Hessen, DGB NRW, DGB Bayern und weitere.

Die IG Druck und Papier "fordert die Bundesregierung auf, sich mit allem Nachdruck gegen den Bau der Neutronenbombe und ihre Statio-

nierung auf dem Territorium der Bundesrepublik auszusprechen.

Das Wettrüsten zwischen Ost und West darf nicht durch die Entwicklung, den Bau und die Beschaffung anderer Waffensysteme angeheizt werden, die bislang durch die SALT-, durch die MBFR-Verhandlungen in Wien sowie durch Abrüstungsverhandlungen in Genf und New York nicht erfaßt worden sind ...

Detlef Hensche: "Wer bei jeder Gelegenheit die Menschenrechte im Munde führt, der sollte zuvor einen Blick in die Grundrechts-Bestimmungen aller Verfassungen und aller internationalen Übereinkünfte werfen: Am Anfang, vor allen geistigen Freiheiten, steht das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Menschenrechte durchsetzen heißt daher zuallererst den Frieden sichern. Saubere' Waffen wie die Neutronen-Bombe sind eine ernste Bedrohung des Menschenrechts auf Leben.

Senator Edward Kennedy:

"Der auf 117 Milliarden Dollar erhöhte Rüstungshaushalt der USA-Regierung für 1979 kostet die Bevölkerung des Landes 1,4 Millionen dringend benötigte Arbeitsplätze." Das wird in einer Studie der "Forschungsgruppe für öffentliche Interessen' in Michigan nachgewiesen, die von Senator Edward Kennedy veröffentlich wurde. Unter dem von Präsident Carter für 1979 geforderten Rüstungshaushalt würden zum Beispiel New York 294 000, Chikago 146 000, Detroit 105 000 und Philadelphia 85 000 Arbeitsplätze verlieren.

Treffpunkt: 11.00 Uhr - Vordere Insel Schütt Kundgebung: 13.00 Uhr – Platz vor der Lorenzkirche

Wiesbaden:

Treffpunkt: 12.00 Uhr – Breitenbach (Nähe Hbf) Kundgebung: 14.00 Uhr – Luisenplatz

Beschlüsse aus der Gewerkschaftsbewegung

10. DGB-Bundesjugendkonferenz, 1. bis 3. Dez. 77, ("Abrüstung"). Die Bundesjugendkonferenz des DGB fordert alle Mitglieder auf, sich aktiv für Frieden, Abrüstung, Demokratie und Zusammenarbeit ein-

auf, sich aktiv für Frieden, Abrüstung, Demokratie und Zusammenarbeit einzutreten. Die Delegierten unterstützen die Bemühungen z. B. des "Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" – wie alle anderen Bestrebungen zur Beendigung des Wettrüstens.

Es ist jedem Gewerkschafter unbenommen, sich u. a. auch an außergewerkschaftlichen Friedens- und Abrüstungsinitiativen aktiv zu beteiligen. Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz verurteilen alle Bestrebungen, die Unterzeichner des Aufrufs "Beendet das Wettrüsten" als kommunistisch gelenkte Handlanger abzuqualifizieren. Antikommunismus ist und war nur den Reaktionären in unserem Lande dienlich.

12. Ordentlicher Gewerkschaftskongress der Deutschen Postgewerkschaft, 9. bis 15. Okt. 77, ("Abrüstung"). Die Deutsche Postgewerkschaft fordert:

1. eine konsequente Entspannungspolitik und Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit dem Ziel der Abrüstung in der ganzen Welt:

2. den weltweiten Verzicht auf neue Rüstungsobjekte;

3. die Senkung der Rüstungsausgaben entsprechend den Beschlüssen der Vereinten Nationen ab 1978 um jeweils 10 Prozent, um die freiwerdenden Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für soziale Aufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung (Bildungsreform, Rentenprobleme usw.) zu verwenden. DPG-Hauptvorstand und DGB-Bundesvorstand werden aufgefordert, für die Verwirklichung dieser Forderungen intensiv einzutreten.

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag

der IG Metall bekräftigt erneut, daß die Aufrechterhaltung des Friedens absoluten Vorrang hat, trotz aller ideologischen und gesellschaftspolitischen Gegensätze in der Welt. Der Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, ist als Mittel der Politik untauglich. Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, deren Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit der Grenzen respektieren. Der Gewerkschaftstag ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle der Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik die Perspektive des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung ganz besonderes Gewicht hat. Er bekräftigt die ablehnende Haltung der IG Metall gegenüber der Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. Er fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte der Bundesrepublik auf, von den beteiligten Regierungen zu verlangen, sich für die Sicherung des Friedens, der Entspannung und für

Fortschritte bei den entsprechenden internationalen Verhandlungen einzusetzen.

Die 10. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB fordert den DGB-Bundesvorstand auf

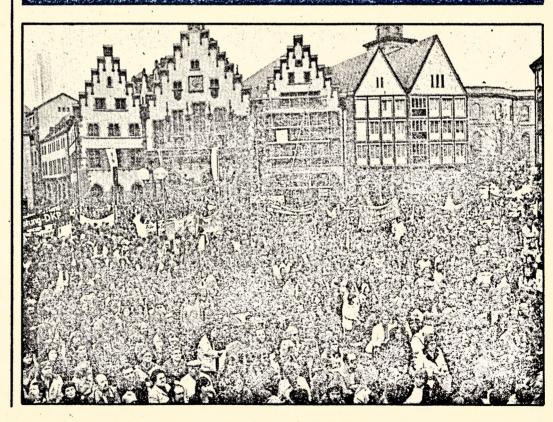
fordert den DGB-Bundesvorstand auf, die Mitglieder und Funktionäre aufzufordern,

 sich tatkräftig für die Einstellung des Wettrüstens einzusetzen,

– dafür einzutreten, daß der Rüstungsetat der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird,

 die Rüstungsausgaben sind entsprechend den Beschlüssen der UNO ab 1978 um jeweils 10% zu senken, um diese Mittel für wirtschaftliche und soziale Aufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung (Bildungsreform, Rentenproblem lösen usw.) zu verwenden.

 Der 1. September muß wieder als Antikriegstag auf der Grundlage und mit der Zielrichtung dieses Antrages gestaltet werden.



Osterholz-Scharmbeck b. Bremen:

Treffpunkt: 10.30 Uhr – Erntefestplatz "Klosterholz" Kundgebung: 12.00 Uhr – Osterholz-Scharmbeck

Friedensfest: 14.00 Uhr – Erntefestplatz

Wehrkundelagung, München

Der ehemalige Bundeswehrgeneral Bennecke warnte in einem Diskussionsbeitrag nachdrücklich vor den Gefahren der Stationierung und des Einsatzes von Neutronenwaffen. Bennecke wies darauf hin, daß die Neutronenwaffen ihrem Charakter nach vorrangig Angriffswaffen seien und damit "geeigneter für einen Aggressor als für Defensivzwecke" (ppa, 30.1.78)

Generalinspekteur Wust

führte am 22.8.77 in der Bild-Zeitung zur Wirkung der Neutronenbombe aus, er "vermisse in der öffentlichen Diskussion das Argument, daß diese Waffe furchtbare Zerstörungen hervorruft. Die Neutronenwaffe wirkt nicht nur durch ihre Strahlen für die Menschen tödlich, sie zerstört dort, wo sie trifft, auch Häuser und was immer da ist".

General a. D.

Johannes Steinhoff, der frühere

Leiter der Nuklearen Planungsgruppe der Nato, hat sich gegen den Einsatz der jetzt in den Vereinigten Staaten entwickelten Neutronenwaffe ausgesprochen. Steinhoff sagte im Hessischen Rundfunk, eine Verkleinerung von Atomwaffen verführe zum Einsatz und mache damit den Krieg wieder führbar.

Sir Peter Hill-Norton, der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses und britische Admiral, hat die europäischen Mitgliedsländer der NATO aufgerufen, sich der Einführung der Neutronenbombe entschieden zu widersetzen. Der Admiral erklärte in London, bei der Neutronenbombe handele es sich um eine Nuklearwaffe, die eine neue Dimension der Kriegsführung eröffne, die es zu vermeiden gelte.

Wolf Graf von Baudissin:

"Die Neutronenwaffe gehört direkt weder in den Rahmen von SALT noch zu MBFR; sie ist ein Objekt der gefährlichen Grauzonec zwischen den beiden Verhandlungsebenen. Gerade weil dieser Bereich zur Zeit noch nicht negoziabel ist, würde die Weiterentwicklung der Neutronenwaffe die internationalen Beziehungen und diese beiden Rüstungssteuerungsverhandlungen erheblich belasten. Ihre Einführung könnte die Wiener Verhandlungen blockieren."

Beendet des Weit-isten

Neutronenwaffe wird

abgelehnt Bonn. UZ – Nahezu drei von vier Bundesbürgern lehnen die Produktion der US-Neutronenbombe ab. Das geht aus einer Umfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) in Bonn-Bad Godesberg hervor. Von denjenigen Befragten, die über die Neutronenbombe informiert waren, erklärten nur 28 Prozent, daß ihrer Ansicht nach "die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit Neutronenbomben die Verteidigung Westeuropas sicherer machen" würde.

Spenden erbeien auf Posischeckkomio Köln 613 12-508 Maske, Gottesweg 52, 5000 Köln 51, Druck Plambeck, N

Brigadegeneral Christian

Krause, stellvertretender Kommandeur der 11. Panzergrenadier-Division in Oldenburg: "Keine sicherheitspolitische Frage hat während der letzten Monate die Öffentlichkeit so bewegt wie die, ob die Neutronenwaffe in der NATO eingeführt werden soll oder nicht.

Auch die Sowjets haben in den sechziger Jahren atomare Gefechtsfeldwaffen eingeführt, aber den technischen Reifegrad der amerikanischen Vorbilder bis heute nicht erreicht. Warum wollen die Amerikaner schon jetzt zur zweiten Generation übergehen? Abgesehen davon, daß sie die wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen besitzen, ist wohl ausschlaggebend, daß in Amerika und Europa vielfach angenommen wird, jeder rüstungstechnische Fortschritt ergebe auch einen Zuwachs an Sicherheit. Gerade diese Annahme muß man jedoch bezweifeln.

Die NATO befindet sich ja nicht im Krieg mit der Sowjetunion, und es kommt nicht darauf an, die nächste Panzerschlacht zu gewinnen. Militärische Sicherheit bedeutet für uns, daß die Sowjetunion weder durch unsere Schwäche zu einem Angriff ermutigt noch durch allzugroße Fortschritte in der Rüstung in die Enge getrieben wird.

Wir wollen hier nicht von der eifernden Zweckpropaganda ausgehen, die uns immer wieder einzuhämmern sucht, der Osten sei militärisch überlegen. Die ernst zu nehmenden Fachleute des Westens sind sich darüber einig, daß bei Unterschieden auf Teilgebieten insgesamt ein militärisches Gleichgewicht zwischen den beiden Machtgruppierungen besteht. Dieses Gleichgewicht gilt es zu erhalten. Dabei müssen wir allerdings auch die Probleme des Ostens sehen.

Nimmt der Westen die Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen,
Sicherheit und Zusammenarbeit wirklich ernst, fragen sich die Russen, wenn
er sie mit der Kampagne für die
Menschenrechte verbindet, die sich
aus sowjetischer Sicht immer mehr zur
offenen Unterstützung der inneren
Opposition gegen die kommunistische
Herrschaft entwickelt? Und neuerdings
verstärken die Amerikaner sogar
wieder ihre Truppen in Europa. Vor ein
paar Jahren, als das Ost-West-Verhältnis frostiger war, hatten sie ihr europäisches Truppenkontingent noch ver-

ringert. Das alles muß den Sowjets eher wie eine Neuauflage des 'Roll back' erscheinen denn als Entspannungspolitik.

Schließlich dürften die Sowjets erkannt haben, daß die Neutronenwaffe auch als Angriffswaffe verwendbar ist. Sie besitzt nämlich eine Eigenschaft, die dafür besonders günstig ist: Sie bahnt, wie die alten Gefechtsfeldwaffen, tödliche Gassen in den Feind, aber diese Gassen bleiben für die eigene gepanzerte Truppe passierbar, da sie vielleicht durch eine geringe Reststrahlung, aber nicht durch Brände und Verwüstungen versperrt sind. Der Angreifer kann also . unmittelbar nach dem Neutronenschlag die Wirkung ausnutzen und tief in den Feind hineinstoßen. Diese Drohung sehen die Sowjets nicht dadurch entkräftet, daß die NATO jeden Gedanken an Angriff von sich weist. Politische Absichten können sich ändern.

Das alles muß die sowjetischen Führer tief besorgt machen. Wenn das Prinzip der Gleichheit ins Wanken gerät, wankt auch die Grundlage der Entspannungspolitik. So kann die Neutronenwaffe zum Symptom dafür werden, wie ernst der Westen die Entspannung noch nimmt. Gewiß, ihr Ende muß noch nicht Krieg bedeuten – aber mehr Sicherheit bedeutet es bestimmt nicht." (Aus "Vorwärts" vom 30. März 1978, Nr. 13, S. 17)

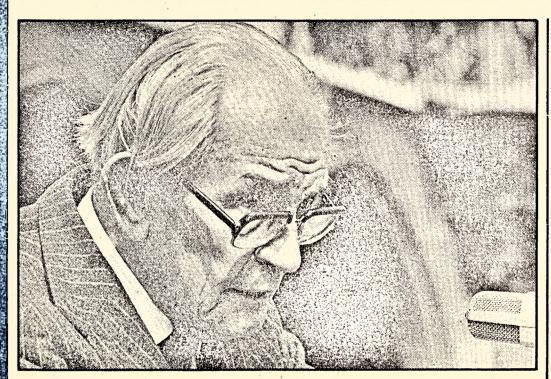


Eine ganze Reihe von Organisationen hat durch Beschlüsse der Vorstände oder sonstiger zu Beschlüssen berechtigter Gremien die Forderung des Komitees unterstützt. Dazu gehören:

IG Metall Jugend – DGB Jugend NRW – DGB Jugend Hessen – Deutsche Postgewerkschaft Jugend – Div. DGB Kreisjugendausschüsse – DGB Bundesjugendkonferenz – IG Druck u. Papier Hessen – IG Druck u. Papier München – IG Druck u. Papier Stuttgart – Verband der Schriftsteller in der IG Druck u. Papier – Landesschülervertretung Hessen u. a. – Bundestingtagung der Kollegs und Abendgymnasien – Jungdemokraten – Jungsozialisten – SJD – Die Falken – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend – Naturfreundejugend – Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner – Deutsche Friedens-Union – Deutsche Kommunistische Partei – Marxistischer Studentenbund Spartakus – Sozialistischer Hochschulbund – Vereinigte Deutsche Studentenschaften.

Wir appellieren an alle Bürger unseres Landes, sich tatkräftig einzusetzen für die Einstellung des Wettrüstens in Ost und West. Trotz der positiven Möglichkeiten internationaler Abrüstungsverhandlungen wurde der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik auf 54 Milliarden erhöht.

Wir rufen auf, dafür einzutreten, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird. Wir rufen auf, mitzuarbeiten in Abrüstungsinitiativen und teilzunehmen an den Demonstrationen am 20. Mai 1978.

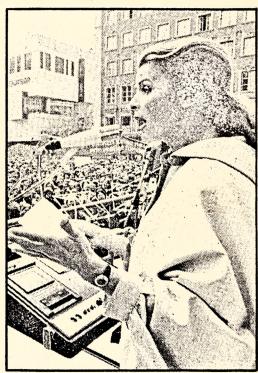


Pastor D. Martin Niemöller:

"Ich setze mich ein für die Aufgabe, den Frieden zu sichern, eine Aufgabe, die nicht von einer Partei beherrscht oder auf eine Partei begrenzt werden kann, weil uns diese Frage alle angeht. Wir alle sind davon abhängig. Denn der nächste Krieg wäre das Ende der Menschheit.

Es geht uns also nur um eine Sache im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, nämlich um die Schaffung und Sicherung eines Friedens und der Vorbereitung eines Zusammenlebens und Zusammenwirkens und -arbeitens von uns Menschenkindern, ob das Konservative sind oder Kommunisten oder andere. Das Aufeinandergehen mußgelernt werden, und wer will uns dazu eine Alternative zeigen, daß wir bei den Sachen, um die es geht, bei der Frage der Friedenssicherung und der Abrüstung lernen, mit dem anderen zu sprechen und sich mit ihm zu einigen."

Senta Berger: "Die Bürger dieses Landes müssen fordern eine andere Einstellung zum Krieg. Solange der Bürger den Krieg als politische Auseinandersetzung zwischen seinen und anderen Völkern nicht verhindern kann, hat die Neuzeit nicht begonnen. So lange ist es nämlich noch gar nicht her, daß es als absolute Utopie erscheinen mußte, etwa Leibeigenschaft oder Kinderarbeit zu beseitigen. Aber wir haben es geschafft."



Den Aufruf haben außerdem als Initiatoren unterstützt:

Senta Berger, Schauspielerin • Horst Bingel, Schriftsteller • Prof. Dr. Ernst Bloch † • Herbert Borghoff, Gewerkschaftssekretär • Prof. Dr. Klaus Brake • Helmut Bublitz, Betriebsratsvorsitzender • Helmut Buck, Gewerkschaftssekretär • Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin • Bernt Engelmann, Schriftsteller • Prof. Dr. Walter Fabian • Helmut Frenz, ehem. chilenischer Bischof • Ernst-Fritz Fürbringer, Schauspieler • Wolfgang Gehrke • Prof. Dr. H. Gollwitzer • Martin Gregor-Dellin, Schriftsteller • Dieter Hildebrandt • Heinz Hofmann, Betriebsratsvorsitzender • Prof. Dr. Jörg Huffschmid • Mechthild Jansen • Prof. Dr. Gerhard Kade • Prof. Dr. Arno Klönne • Prof. D. Walter Kreck • Prof. H. J. Krysmanski • Prof. Dr. Reinhard Kühnl • Steffen Lehndorff • Pastor Konrad Lübbert, Vorsitzender des Versöhnungsbundes • Wolf E. Mache, Gewerkschaftssekretär • Klaus Mannhardt • Hansjörg Martin, Schriftsteller • Gunnar Matthiessen • Josef Reding • Prof. Dr. Helmut Ridder • Werner Rieß, Gewerkschaftssekretär • Dr. Joseph Rossaint • Dr. Erika Runge • Josef Schavier, Betriebsratsvorsitzender • Waldemar Schultze, Gewerkschaftssekretär • Eckart Spoo • Prof. Dr. Fritz Straßmann • Horst Trapp • Gösta von Uexküll • Ulrich Wegener • Prof. Dr. Erich Wulff

Ich/Wir unterstütze(n) den Aufruf "Nein zur Neutronenbombe – Beendet das Wettrüsten"			
Name	Anschrift	Beruf/Funktion (nur z. Information)	Datum/Unterschrift